Kommissionsvorschlag gefährdet Versorgungssicherheit

Stellungnahme der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker zum Kommissionsvorschlag zur Abschaffung der Zuckermarktordnung

Die jetzige Zuckermarktordnung ist Garant für ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Sie erlaubt es, effektiv und flexibel sowohl auf Überschuss- als auch auf Knappheitssituationen zu reagieren. Weder das Impact Assessment noch der Kommissionsvorschlag liefern eine stichhaltige Begründung für die Abschaffung dieser Regelung.

Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre auf dem internationalen Zuckermarkt haben gezeigt, wie wichtig ein ausreichender Selbstversorgungsgrad gerade in einer zunehmend globalisierten Welt ist. Das bestehende Mengenmanagement ist deshalb in Verbindung mit den Rübenmindestpreisen weiterhin ein unverzichtbares Instrument. Die Beibehaltung der Quotenregelung in ihrer jetzigen Ausgestaltung mit nationalen Quoten entspricht zudem den Zielen der Kommission für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und einer ausgewogenen regionalen Entwicklung. Sie verhindert die unerwünschte Konzentration auf einige wenige Standorte sowie unnötige Foodmiles.

Mit ihren derzeit kursierenden Überlegungen, die Kernelemente der Zuckermarktordnung nur noch bis zum 1. Oktober 2016 beizubehalten, riskiert die EU-Kommission einen weiteren Rückgang der Zuckererzeugung aus Rüben und steigende Volatilität auf dem EU-Zuckermarkt.

Gemäß den Berechnungen der Kommission würden die Rübenpreise bis 2020 im Vergleich mit 2009/10 um rund 20 % sinken. Schon diese Entwicklung macht den von der Kommission erwarteten Anstieg der EU-Erzeugung mehr als fraglich, zumal mit der Reform von 2006 bereits eine Senkung der Rübenmindestpreise um rund 40 % erfolgt ist, was den Rübenanbau in vielen Regionen in Frage stellt.

Diese Überlegungen der Kommission beruhen ganz offensichtlich auf einem Rechenmodell, dessen Ergebnisse nicht plausibel sind. Die dort diskutierten Optionen liegen hinsichtlich der errechneten Wirkungen auf die künftige EU-Produktion sowie die Rüben- und Zuckerpreise derart eng beieinander, dass die Entscheidung der Kommission, ausgerechnet den risikoreichsten Weg zu beschreiten, absolut nicht nachzuvollziehen ist. Ein Verzicht auf das bisherige Instrumentarium würde den von der Kommission erwarteten generellen Anstieg der Preisvolatilität - ausgelöst durch die zunehmenden Wechselwirkungen zwischen den globalen Rohstoff- und Finanzmärkten sowie durch klimatische Effekte - noch verstärken. Die stabilisierende Wirkung des Quotensystems bei Zucker würde komplett entfallen.

Bei Aufgabe der Produktionsquoten für Zucker und Isoglukose würde die Volatilität auf den internationalen Märkten für agrarische Rohstoffe sowie den Energie- und

Finanzmärkten voll auf die europäischen Verbraucher sowie die Rüben- und Zuckererzeuger durchschlagen.

Die Zuckerwirtschaft unterstreicht daher im Interesse der Aufrechterhaltung einer nachhaltigen Rüben- und Zuckererzeugung und der Versorgungssicherheit für die europäischen Verbraucher die Notwendigkeit zur Fortsetzung des gegenwärtigen zuckerpolitischen Instrumentariums bis mindestens 2020. Sie steht damit in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments von Juni 2011.